

# RS OGH 1992/11/24 4Ob82/92, 4Ob6/93, 4Ob40/93, 6Ob17/94, 6Ob21/94, 4Ob94/94, 4Ob1001/95, 6Ob2059/96d

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 24.11.1992

## Norm

ABGB §43

ABGB §1330 BII

MRK Art10 Abs2 IV3b

MRK Art10 Abs2 IV4b

## Rechtssatz

Das Recht auf freie Meinungsäußerung kann eine Herabsetzung des politischen Gegners durch unwahre Tatsachenbehauptungen, mit denen er eines verwerflichen Verhaltens bezichtigt wird, nicht rechtfertigen.

## Entscheidungstexte

- 4 Ob 82/92  
Entscheidungstext OGH 24.11.1992 4 Ob 82/92  
Veröff: ÖBl 1993,84 = MR 1993,17
- 4 Ob 6/93  
Entscheidungstext OGH 23.02.1993 4 Ob 6/93  
Auch; Veröff: MR 1993,101
- 4 Ob 40/93  
Entscheidungstext OGH 04.05.1993 4 Ob 40/93
- 6 Ob 17/94  
Entscheidungstext OGH 13.07.1994 6 Ob 17/94
- 6 Ob 21/94  
Entscheidungstext OGH 10.08.1994 6 Ob 21/94
- 4 Ob 94/94  
Entscheidungstext OGH 08.11.1994 4 Ob 94/94  
Beisatz: "Die lästige Witwe" (T1)
- 4 Ob 1001/95  
Entscheidungstext OGH 17.01.1995 4 Ob 1001/95  
nur: Das Recht auf freie Meinungsäußerung kann eine Herabsetzung durch unwahre Tatsachenbehauptungen,

nicht rechtfertigen. (T2)

Beisatz: Hier: Unrichtige kreditschädigende Tatsachenbehauptung. (T3)

- 6 Ob 2059/96d  
Entscheidungstext OGH 28.03.1996 6 Ob 2059/96d  
Auch
- 6 Ob 2105/96v  
Entscheidungstext OGH 04.07.1996 6 Ob 2105/96v
- 6 Ob 2010/96y  
Entscheidungstext OGH 11.04.1996 6 Ob 2010/96y
- 6 Ob 2177/96g  
Entscheidungstext OGH 26.09.1996 6 Ob 2177/96g
- 6 Ob 2350/96y  
Entscheidungstext OGH 21.11.1996 6 Ob 2350/96y
- 6 Ob 2197/96y  
Entscheidungstext OGH 26.09.1996 6 Ob 2197/96y
- 6 Ob 2281/96a  
Entscheidungstext OGH 16.01.1997 6 Ob 2281/96a
- 6 Ob 11/97d  
Entscheidungstext OGH 24.04.1997 6 Ob 11/97d
- 6 Ob 95/97g  
Entscheidungstext OGH 26.05.1997 6 Ob 95/97g
- 4 Ob 254/97i  
Entscheidungstext OGH 11.09.1997 4 Ob 254/97i
- 6 Ob 168/97t  
Entscheidungstext OGH 11.09.1997 6 Ob 168/97t  
Veröff SZ 70/180
- 6 Ob 37/98d  
Entscheidungstext OGH 26.11.1998 6 Ob 37/98d  
nur T2
- 6 Ob 254/98s  
Entscheidungstext OGH 26.11.1998 6 Ob 254/98s  
Beisatz: Auch keine Rechtfertigung im Wege einer umfassenden Interessenabwägung. (T4)
- 6 Ob 7/99v  
Entscheidungstext OGH 25.02.1999 6 Ob 7/99v
- 6 Ob 25/99s  
Entscheidungstext OGH 22.04.1999 6 Ob 25/99s  
Beisatz: Bei Äußerungen von Politikern über den Gegner können unter Umständen auch massiv in die Ehre des Gegners eingreifende Werturteile noch zulässig sein. Diese bedürfen aber eines rechtfertigenden wahren Sachverhalts als Basis der pointiert zum Ausdruck gebrachten Kritik. (T5)
- 4 Ob 154/99x  
Entscheidungstext OGH 01.06.1999 4 Ob 154/99x  
Auch
- 8 ObA 45/99x  
Entscheidungstext OGH 08.07.1999 8 ObA 45/99x  
nur T2
- 6 Ob 202/99w  
Entscheidungstext OGH 25.11.1999 6 Ob 202/99w  
Beisatz: Die Äußerung, dass die FPÖ mit der Bestellung des Klägers zum Klubobmann den Bock zum Gärtner mache, ist im unmittelbaren Zusammenhang mit dem weiters beanstandeten Text, der dem Kläger die Mitwissenschaft und die Deckung der finanziellen Machenschaften R\*\*\*\*\* vorwirft, zu verstehen und als ehrenrührig anzusehen. (T6)

- 6 Ob 316/99k  
Entscheidungstext OGH 15.12.1999 6 Ob 316/99k  
Vgl auch; Beisatz: Hier: Formulierungen wie: "bei der Klägerin herrsche angesichts der Überführung eines SPÖ-Funktionärs wegen eines Sittlichkeitsdeliktes betretenes Schweigen, die Klägerin mache sich mit jeder Minute, in welcher sie untätig bleibe, erneut bei der Verharmlosung von Kindesmissbrauch mitschuldig, es erhebe sich der Verdacht, dass sie ihrem verhafteten Genossen die Stange halten wolle, sie verharmlose Kindesmissbrauch noch, indem sie den Täter in einer Parteizeitung lobend erwähne" sind Kundgebung der eigenen Auffassung der Beklagten über die politische Unvertretbarkeit des Verhaltens der Repräsentanten der Klägerin. (T7)
- 6 Ob 308/99h  
Entscheidungstext OGH 09.03.2000 6 Ob 308/99h  
nur T2
- 6 Ob 136/00v  
Entscheidungstext OGH 28.06.2000 6 Ob 136/00v  
Vgl
- 6 Ob 78/00i  
Entscheidungstext OGH 05.10.2000 6 Ob 78/00i  
nur T2; Beis wie T4; Beisatz: Auch wenn der Betroffene selbst die unwahre Behauptung aufgestellt und für deren Veröffentlichung gesorgt hat, steht dieser Umstand der Rechtswidrigkeit der Wiederholung durch Dritte nicht entgegen und nimmt den Betroffenen auch nicht das Interesse, gegen die Dritten eine Unterlassungsverpflichtung durchzusetzen. (T8)
- 6 Ob 109/00y  
Entscheidungstext OGH 23.11.2000 6 Ob 109/00y  
Auch; nur T2; Veröff: SZ 73/181
- 6 Ob 284/00h  
Entscheidungstext OGH 14.12.2000 6 Ob 284/00h  
Auch; Beis ähnlich wie T5
- 6 Ob 114/01k  
Entscheidungstext OGH 16.05.2001 6 Ob 114/01k  
Vgl auch; nur T2; Beisatz: Auch für wertende Äußerungen ist es Voraussetzung, dass das ehrverletzende Werturteil auf der Basis eines wahren Sachverhaltes geäußert wurde. Ein Recht auf freie Meinungsäußerung auf der Grundlage unrichtiger oder nicht bewiesener Tatsachenbehauptungen gibt es nicht. (T9)
- 6 Ob 133/01d  
Entscheidungstext OGH 21.06.2001 6 Ob 133/01d  
Auch
- 4 Ob 109/02m  
Entscheidungstext OGH 02.07.2002 4 Ob 109/02m  
Beisatz: Der Vorwurf wissentlich falscher Berichterstattung und eines klaren Verstoßes gegen Medienrecht und journalistische Standesregeln ist zweifellos geeignet, den Kredit einer Zeitung zu schädigen. (T10)
- 6 Ob 192/02g  
Entscheidungstext OGH 10.10.2002 6 Ob 192/02g  
Auch
- 6 Ob 238/02x  
Entscheidungstext OGH 10.10.2002 6 Ob 238/02x  
Vgl auch; Beis wie T5; Beisatz: Dies entspricht auch der Rechtsprechung des EGMR, der selbst im politischen Meinungsstreit prüft, ob die notwendige Tatsachenbasis für einen wertenden Vorwurf vorliegt, weil auch ein Werturteil ohne jede unterstützende Tatsachengrundlage exzessiv sein kann (EGMR 27.2.2001 [Jerusalem gegen Österreich] = MR 2001, 89; EGMR 26.2.2002 [Dichand ua gegen Österreich] = MR 2002, 84; EGMR 26.2.2002 [Unabhängige Informationsvielfalt gegen Österreich] = MR 2002, 149). (T11)
- 4 Ob 14/03t  
Entscheidungstext OGH 25.03.2003 4 Ob 14/03t  
Vgl auch; Beisatz: Eine den wirtschaftlichen Ruf beeinträchtigende unwahre Tatsachenbehauptung überschreitet

selbst im Zuge eines "Schulstreites" das Maß der zulässigen Kritik und kann auch im Wege einer umfassenden Interessenabwägung oder mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung nicht gerechtfertigt werden. (T12)

Beisatz: Auch das Informationsinteresse der Öffentlichkeit vermag eine unrichtige, in schutzwürdige Interessen des Klägers eingreifende Aussage nicht zu rechtfertigen. (T13)

- 6 Ob 60/03x  
Entscheidungstext OGH 24.04.2003 6 Ob 60/03x
- 6 Ob 40/04g  
Entscheidungstext OGH 26.08.2004 6 Ob 40/04g
- 6 Ob 273/05y  
Entscheidungstext OGH 26.01.2006 6 Ob 273/05y  
Beisatz: Hier: Herabsetzung durch unwahre Tatsachenbehauptungen, mit denen jemand eines verwerflichen Verhaltens - des „Durchdrehens“ und der Verschleuderung von Gemeindevermögen - bezichtigt wird. (T14)
- 6 Ob 11/06w  
Entscheidungstext OGH 16.02.2006 6 Ob 11/06w
- 6 Ob 291/06x  
Entscheidungstext OGH 21.12.2006 6 Ob 291/06x  
Beis wie T9 nur: Ein Recht auf freie Meinungsäußerung auf der Grundlage unrichtiger oder nicht bewiesener Tatsachenbehauptungen gibt es nicht. (T15)  
Beisatz: Die offenbar ohne jedes Tatsachensubstrat erhobene Behauptung der intensiven Verwicklung („mächtig involviert“) des Klägers in die Bawag-Affäre kann auch nicht durch die Eigenschaft des Klägers als „public figure“ gerechtfertigt werden. (T16)
- 6 Ob 7/07h  
Entscheidungstext OGH 15.02.2007 6 Ob 7/07h  
Beis wie T9; Beisatz: Hier: Vorwurf von massiven Pflichtverletzungen in einem Leserbrief, die nicht den Tatsachen entsprachen. (T17)
- 6 Ob 271/07g  
Entscheidungstext OGH 12.12.2007 6 Ob 271/07g  
Vgl auch; Beis wie T11; Beis wie T15; Beis wie T16; Beisatz: Der strafrechtlich relevante Vorwurf der Bilanzfälschung bzw Bilanzmanipulation wird im Zusammenhang mit der Verbuchung von Digitalisierungskosten gebraucht. Tatsächlich fand eine Umbuchung dieser Kosten (nur) statt, um eine frühere unrichtige Zuordnung zum Vorteil der Mieter zu ändern. Die Bewertung eines derartigen Vorgangs als „Bilanzfälschung“ oder „Bilanzmanipulation“ als exzessiv bedeutet unter Berücksichtigung der jüngst ergangenen Rechtsprechung des EGMR keine krasse Fehlbeurteilung. Gleiches gilt für den weiteren, auf „verbrecherische“ Methoden hinweisenden Vorwurf „rote Mietenmafia“ bzw „Teil der roten Mietenmafia“. Auch dieser Vorwurf geht weit über das hinaus, was der Leser auf den Tatsachenkern zurückführen kann. (T18)
- 6 Ob 255/07d  
Entscheidungstext OGH 12.12.2007 6 Ob 255/07d  
Vgl auch; Beis wie T11; Beis wie T15; Beis wie T16
- 6 Ob 266/07x  
Entscheidungstext OGH 12.12.2007 6 Ob 266/07x
- 4 Ob 60/08i  
Entscheidungstext OGH 20.05.2008 4 Ob 60/08i  
Beisatz: Werturteile sind nur dann durch das Recht der freien Meinungsäußerung gedeckt, wenn sie auf ein im Kern wahres Tatsachensubstrat zurückgeführt werden können und die Äußerung nicht exzessiv ist. Der EGMR (Urteil vom 15. 11. 2007, ApplNr 12.556/03 - Pfeifer gegen Österreich) hat jüngst ausgesprochen, dass ein Werturteil, das weit über das hinausgeht, was vernünftigerweise auf den Tatsachenkern zurückgeführt werden kann, exzessiv ist und die Grenzen der nach Art 10 EMRK zulässigen Kritik überschreitet. (T19)
- 6 Ob 66/09p  
Entscheidungstext OGH 05.08.2009 6 Ob 66/09p  
Auch; Beis wie T11; Beis wie T19; Beisatz: Hier: Vorwurf der zweckfremden Verwendung von Subventionen. (T20)
- 4 Ob 66/10z

Entscheidungstext OGH 13.07.2010 4 Ob 66/10z

Beis wie T5; Veröff: SZ 2010/82

- 15 Os 81/11t

Entscheidungstext OGH 29.06.2011 15 Os 81/11t

Vgl auch; Beisatz: Auch gegenüber Politikern sind Werturteile ohne hinreichendes Tatsachensubstrat oder Wertungsexzesse nicht vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. (T21)

Vgl auch Beis wie T18 Hier: „rote Mietenmafia“ im Gesamtzusammenhang als noch zulässige politische Kritik gewertet. (T22)

- 15 Os 106/10t

Entscheidungstext OGH 29.06.2011 15 Os 106/10t

Vgl; Beisatz: Im Rahmen politischer Auseinandersetzungen und bei „Public Figures“ genügt bereits ein „dünnnes Tatsachensubstrat“ für die Zulässigkeit einer Wertung, siehe RS0127027. (T23)

- 15 Os 175/10i

Entscheidungstext OGH 29.06.2011 15 Os 175/10i

Vgl auch; Beisatz: Unwahre, diffamierende Tatsachenbehauptungen oder auf unwahren bzw nicht hinreichenden Tatsachenbehauptungen beruhende negative Werturteile oder Wertungsexzesse fallen nicht unter den Schutzbereich des Art 10 MRK. (T24)

- 6 Ob 114/11z

Entscheidungstext OGH 18.07.2011 6 Ob 114/11z

Auch; Beis wie T19 nur: Werturteile sind nur dann durch das Recht der freien Meinungsäußerung gedeckt, wenn sie auf ein im Kern wahres Tatsachensubstrat zurückgeführt werden können und die Äußerung nicht exzessiv ist. (T25)

- 6 Ob 216/11z

Entscheidungstext OGH 13.10.2011 6 Ob 216/11z

Vgl auch

- 14 Os 12/11p

Entscheidungstext OGH 30.08.2011 14 Os 12/11p

Auch; nur T2

- 6 Ob 258/11a

Entscheidungstext OGH 12.01.2012 6 Ob 258/11a

Beis wie T25

- 6 Ob 243/11w

Entscheidungstext OGH 22.06.2012 6 Ob 243/11w

Beis wie T11; Beis wie T18; Beisatz: Hier: Bezeichnung als fundamentalistischer Moslem und Hassprediger. (T26)

- 15 Os 34/13h

Entscheidungstext OGH 26.06.2013 15 Os 34/13h

Auch; nur T2

- 15 Os 52/12d

Entscheidungstext OGH 11.12.2013 15 Os 52/12d

Auch

- 

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2024 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)